

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die Sächsische Schweiz

Dies Blatt enthält die amtlichen

Bekanntmachungen für das Amtsgericht, das Hauptzollamt, für den

Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Die Ausgabe erfolgt nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: monatlich 4.— M., ins Haus gebracht 4.50 M., durch die Post 4.50 M. (einschl. Bestellgeld). Einzelne Nummer 20 Pf. Bestellungen nehmen die Briefträger und Postanstalten, sowie alle Zeitungsboten entgegen.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hietz.

Vertrauens-Ar. 22 Gemeindeverbands-Girokonto Bad Schandau 36.



Stadttrat zu Bad Schandau und den Stadtgemeinderat zu Sobornstein

Anzeigen finden die weiteste Verbreitung. Annahme derselben bis spätestens vormittags 9 Uhr, größere Anzeigen am Tage vor dem Erscheinen erbeten. Ortspreis für die Kleinschriftzeile 75 Pf., für auswärtige Auftraggeber 90 Pf. (tabellarischer und schwieriger Satz nach Uebereinkunft), Reklame u. Eingeladene die Zeile 2 Mark. Bei Wiederholungen Rabatt.

Verantwortlich: Konrad Rohrlapper, Bad Schandau.

Postcheckkonto Leipzig Nr. 34918 —: Telegramme: Elbzeitung.

Nr. 119

Bad Schandau, Mittwoch, den 25. Mai 1921

65. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Zur Besetzung des Weberaufbauministeriums sind Verhandlungen mit Dr. Walter Rathenau eingeleitet worden.

* Der Reichspräsident hat eine Verordnung erlassen, nach der die Anwerbung von Freikorps für Oberschlesien streng bestraft wird.

* Die französische Regierung hat in Sachen Oberschlesien der englischen Regierung zwei und dem deutschen Volschafster in Paris Dr. Mayer eine Note überreichen lassen.

* Der Generalsekretär im niederländischen allgemeinen Dienst Dr. Aen ist nach Haus Doorn abgereist, um dort Besprechungen mit Kaiser Wilhelm abzuhalten.

* Der Kronprinz von Japan wird zwischen dem 15. und 21. Juni nach Holland kommen.

* Gestern wird unmittelbar nach Eröffnung der Kammer nach technischen und politischen Erwägungen eine Änderung des Kabinetts vornehmen.

* Zum portugiesischen Ministerpräsidenten wurde Augusto Soares ernannt. Im Lande herrscht Ruhe.

* Wie verlautet, wird sich der Prinzregent von Serbien mit einer Tochter des Königs von England verloben.

Kampfpause.

Die kurzen Pfingstferien, die unsere Parlamente sich gegönnt haben, bedeuten keinen Stillstand der inner- oder gar der auerpolitischen Arbeit. Schon das angenommene Ultimatum sorgt dafür, daß in den Kammern und Behörden mit Anstrengung aller Kräfte gearbeitet werden muß, denn fast jeder Tag, den Gott werden läßt, bringt zugleich den Ablauf irgendeiner der zahllosen Fristen, die man uns für die Erfüllung angebotener Vertragsverpflichtungen gestellt hat. Nach dem Auswärtigen Amt sind noch das Reichsfinanz- und das Weberaufbauministerium neu zu besetzen, und die Sorge um Oberschlesien wird wohl, wie man annehmen möchte, unsere Verantwortlichen auch keine Nacht ruhig schlafen lassen. Die Wähler und Staatsbürger draußen im Lande aber haben, so lange Reichs- und Landtag schweigen, Zeit und Muße, über die Ereignisse der letzten Wochen nachzudenken und zu überlegen, was weiter werden soll.

Für sie steilen alle die ungeheuren Fragen der Gegenwart in der einen Frage zusammen, ob es bei der Zusammenfügung der neuen, aus der Not geborenen Regierung bleiben oder ob sie, nach rechts oder nach links hin, erweitert werden soll. Es ist kein Geheimnis, daß von den drei Parteien, die unter der Führung des Herrn Dr. Wirth sich zur Ausführung des Ultimatus zusammengeworfen haben, die Demokraten am unruhigsten bei der Sache sind. Kein Wunder, hat doch die Mehrheit der Fraktion mit Nein gestimmt, genau so wie die Deutsche Volkspartei, nur daß das Zahlenverhältnis hier und dort ungleich war. Aber hat es unter diesen Umständen einen Sinn, wenigstens einen verständigen und berechtigten Sinn, die eine Partei als regierungsunfähig zu behandeln, ja ihren Wiedereintritt in die Regierung mit stärksten Druckmitteln zu erzwingen, die andern dagegen in Acht und Bann zu setzen? Die demokratischen Wähler im Reiche zeigen für diese unterschiedliche Behandlung wenig Verständnis. Vereinzelt haben ihre Organisationen die Beteiligung der demokratischen Reichstagsfraktion an der neuen Regierung, an dem „Kabinet der Erfüllung“, mißbilligt; überwiegend treten sie aber für Erweiterung der Regierungsgrundlage nach rechts, durch Aufnahme der Deutschen Volkspartei in die neue Koalition ein. Schon um deswillen, weil dadurch die Verantwortung für das, was nun kommen wird, sich auf breitere Volkskreise verteilen würde. Dann aber auch, um zu verhindern, daß die Politik der nächsten Zukunft stärker nach sozialistischen Ansichten bestimmt wird. Die gleichen Erwägungen treten auch in den Zentrumsreihen zutage. Das Zentrum hat zwar in Herrn Dr. Wirth seinen so ziemlich am weitesten links stehenden Parlamentarier als Reichskanzler gestellt, und es ist ja auch tatsächlich mit Händen zu greifen, daß selbst die Unabhängigen ihm großes Maß von Vertrauen entgegenbringen. Um so mehr muß es aber darauf bedacht sein, Gegengewichte zu finden, denn es ist sich vollkommen darüber im Klaren, daß seine zu erheblichen Zeiten mehr nach rechts als nach links gerichteten Anhänger ein zu starkes Eingehen auf sozialdemokratische Politik nicht gutheißen würden. So wird auch in manchen Zentrumsblättern mit allem Nachdruck der Wiedereinrichtung der Deutschen Volkspartei an die neue Regierungsmehrheit gefordert, deren Führer Stresemann soeben wieder, auf dem Parteitag in Baden, deutlich zu verstehen gab, daß er im Grunde mit dieser Forderung einverstanden sei. Er wußte zu berichten, daß bei den Verhandlungen, die er vor der entscheidenden Abstimmung im Reichstage über gewisse Punkte des Ultimatus mit Centrentvertretern geführt hat, von diesen erklärt wurde, man lege großen Wert auf die Mitwirkung der Deutschen Volkspartei an der Regierung. Damals konnte keine Rede davon sein, daß eine reine Linkregierung im Auslande mehr Vertrauen genieße, wie von dieser oder jener Seite immer wieder behauptet wird. Die Natur der Sache läßt es ja

verständlich erscheinen, daß unsere Gläubigerstaaten in der Herstellung einer Front von Stresemann bis Scheidemann die beste Gewähr für die Erfüllung der Verpflichtungen erblicken können, die sie uns zwangsweise auferlegt haben. Denn ohne die Bereitwilligkeit der Arbeiterschaft, an der Ausbringung der übernommenen Lasten nach Kräften mitzuwirken, werden wir unsere Zusage ebensowenig einlösen können, wie ohne die Mitarbeit der führenden Wirtschaftskreise, die in der Hauptsache ihre politische Vertretung in der Deutschen Volkspartei gefunden haben. Demgemäß gebieten Rücksichten der äußeren wie der inneren Politik mit gleicher Entschiedenheit, daß unsere Parteien sich vertragen.

Herr Scheidemann ist anderer Meinung. Er fordert von Herrn Wirth die Vorlegung eines Regierungsprogramms, das nicht etwa mit der Möglichkeit wechselnder Mehrheiten im Reichstage zu rechnen habe, sondern ausschließlich auf die Anschauungen der Linksparteien zugeschnitten sein soll. Für ihn gibt es nur eine Erweiterung der augenblicklichen Regierungsgrundlage: den Einfluß der Unabhängigen, denen er immer noch zutraut, daß sie für eine sozialistisch-bürgerliche Regierung einzustimmen wären. Und schlimmstenfalls bleibe das Mittel des Reichstagsauflösung. Der neue Wahlkampf würde dann die endgültige Abrechnung bringen und mit ihr die Möglichkeit einer rein sozialistischen Regierung. Herr Scheidemann stört es nicht, daß dieses sein Programm von einem Zentrumsreichstagskanzler zur Durchführung gebracht werden soll, es scheint ihm auch nicht gefährlich zu sein, daß neue Parteikämpfe entbrennen würden. Denn, so zweifelhaft ihr Ausgang auch sein würde, die eine Folge müßten sie wahrscheinlich haben, daß sie die Regierung für Wochen und Monate zur Aktionunfähigkeit verurteilen und daß sie dadurch außerstande käme, das Ultimatum so rasch und so genau, wie sie es sich vorgenommen hat, zu erfüllen. Dann ständen wir bald wieder so weit wie zuvor, und die Franzosen würden frohlockend ins Ruhrgebiet einziehen. Wenn Herr Scheidemann das nicht will, muß er auch das Mittel der Reichstagsauflösung aus seinen Berechnungen ausschalten.

Wirth und das Ultimatum.

Politik der Erfüllung.

Reichskanzler Dr. Wirth erklärte in einer Unterredung mit einem Pressevertreter, warum er sich zum Jawort beim Ultimatum bekannt habe. Es sei die Sorge um das Deutsche Reich gewesen, um die deutsche Arbeit und die deutsche Industrie, die Sorge um das ganze deutsche Volk und die Sorge um die ganze deutsche Zukunft: Wenn wir im Reiche das Leben und die Gesundheit von Millionen nicht schonen, wenn wir einen sehr großen Teil unseres ganzen Volksvermögens branfekten, um unser Vaterland vom Feinde freizubehalten, um wieviel mehr müssen wir in der Gegenwart Selbstleistungen auf uns nehmen, wenn wir dadurch deutsches Land und deutsche Freiheit retten können. Im Krieg kostete ein Monat einige Goldmillarden, also ungefähr so viel, wie die festen Goldannuitäten, die wir jährlich zu zahlen haben. Ich bin der vollen Überzeugung, daß in jener kritischen Stunde, da das Ja oder Nein entschieden werden mußte, die Reichseinheit auf dem Spiele gestanden hat und daß entschieden wurde um die ganze Zukunft des deutschen Volkes. Darum müssen wir Opfer an Gut bringen, damit wir das Höchste uns erhalten können, unser Vaterland. . . Mich hat immer die Überzeugung in der Politik geleitet, daß die Richtung der Politik sichert sein muß, die meint, daß man durch dauernde Hinhalten und Ausweichen und durch das Bedingungsstellen und Anfschieben kommenlassen der Dinge die Lage meistern könne. Einmal mußte ja gesagt werden, entweder von der Gegenseite oder auf unserer Seite.

Der Reichskanzler wies zum Schluß darauf hin, daß eine Sabotage irgend einer Leistung uns in Deutschland vor die schwersten innerpolitischen und außenpolitischen Konflikte stellen würde.

Hardings Völkerverbund.

Der Weltfriedensgerichtshof.

Nach einer Meldung aus Washington ist dort jetzt bekannt geworden, daß der Volschafster der Vereinigten Staaten in London Harvey in großen Zügen den Hardingschen Plan für einen neuen Völkerverbund besitze, der dazu bestimmt ist, den gegenwärtigen Völkerverbund zu ersetzen. Harvey sei auch bereits ermächtigt, den Hardingschen Plan den Vertretern fremder Regierungen zugleich mit den Bedingungen, die Amerika für einen offiziellen Schritt in dieser Angelegenheit stellt, bekannt zu geben. Dem Hardingschen Völkerverbund liege im allgemeinen der Plan der Haager Konferenzen zugrunde. Er betone die Idee eines Weltfriedensgerichtshofes, vor dem Streitigkeiten in Übereinstimmung mit dem internationalen Recht verhandelt und entschieden werden, während Zwangsmaßnahmen ausgeschlossen sein sollen. Harvey habe Anweisung erhalten, den Wunsch seiner Regierung klarzulegen, daß die interessierten Mächte im voraus sich äußerten. Als Zeichen eines auf-

richtigen Wunsches für das Zustandekommen des neuen Völkerverbundes werde zunächst die Anerkennung der amerikanischen Rechte mit Rücksicht auf die bis jetzt bereits getroffenen Entscheidungen betrachtet.

Was wird aus Oberschlesien?

Reichspräsident Ebert verbietet die Freikorps.

Es scheint sich zu bestätigen, daß englische Truppen in Oberschlesien vorläufig die öffentliche Ordnung wiederherstellen sollen. Das englisch-offizielle Organ in Köln, die „Cologne Post“, teilt mit, die englische Regierung habe Montag beschlossen, in Übereinstimmung mit der französischen Regierung britische Truppen nach Oberschlesien zu entsenden, die bei der Aufrechterhaltung der Ordnung in den unruhigen Bezirken helfen sollen. Die für diese Aufgaben bestimmten Truppen sind vier Bataillone der Rheinarmee. Diese Bataillone werden durch französische Truppen ersetzt werden. Frankreich dürfte auch Truppen nach Oberschlesien entsenden, um die dortige Garnison zu verstärken. Englische Blätter sagen, die Alliierten hätten dafür zu sorgen, daß ein deutsch-polnischer Krieg vermieden werde. Sie dürften daher nicht warten, bis die Bewegung in Oberschlesien sich so weit ausdehnt. Es sei jetzt nicht mehr zu zweifeln, daß beide Regierungen, die deutsche und die polnische, bezüglich der Schließung der Grenze in gutem Glauben handeln, aber wohl nicht die genügende Kontrolle über die lokalen Behörden besäßen, um dieses Ziel zu erreichen. Der einzig mögliche Weg sei daher eine dauernde Aufsicht der Alliierten.

Französische Druckmittel.

In Paris hält man natürlich an der Geste fest, die Schuld an den entstandenen Wirren Deutschland zuzuschreiben. Obwohl man gut genug über die polnische Verantwortung unterrichtet sein könnte, stellt man sich blind und taub, bleibt bei der Verhärterung der Korfanth-Anhänger und läßt Drohungen nach Berlin schwirren.

Ministerpräsident Briand hatte im Auswärtigen Amt eine Besprechung mit dem deutschen Volschafster Dr. Mayer, in der, wie Havas erklärt, Briand Dr. Mayer ersucht haben soll, die deutsche Regierung auszufordern, auf jeden Versuch eines Angriffs in Oberschlesien zu verzichten, wenn sie sich nicht Vergeltungsmaßnahmen von Seiten der Alliierten aussetzen wolle.

Gleichzeitig erschöpfen sich die Pressemeldungen neuerdings in Verbeugungen vor London, wo angeblich die englische Regierung den deutschen Volschafster Chamberlain in gleichem Sinne wie Dr. Mayer unterrichtet habe. Entsprechende Noten seien beiden Volschafstern übergeben worden. Offensichtlich will Briand um jeden Preis vermeiden, den in der ober-schlesischen Frage zwischen England und Frankreich bestehenden Konflikt allzu öffentlich werden zu lassen.

Verbot der Bildung von Freikorps.

Um eine Handhabe gegen die Bildung von Freikorps in Oberschlesien zu haben, hat der Reichspräsident auf Antrag des Reichsministeriums folgende Verfügung erlassen: „Verordnung des Reichspräsidenten über das Verbot militärischer Verbände vom 24. Mai 1921.“

Auf Grund des Artikels 48 der Verfassung des Deutschen Reiches verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet folgendes: § 1. Wer es unternimmt, ohne Genehmigung der zuständigen Dienststellen Personen zu Verbänden militärischer Art zusammenzuschließen oder wer an solchen Verbänden teilnimmt, wird mit Geldstrafe bis zu 100 000 Mark oder Gefängnis bestraft. § 2. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Jede Art der Geldunterstützung solcher Unternehmungen ist strafbar, ebenso die Werbung und die Aufnahme von Werbeinseraten in der Presse. Die Verordnung bezieht sich auf das ganze Reich mit Ausnahme des Abstammungsgebietes selbst, in dem die Verwaltung den Alliierten zuseht, denen auch die Regelung des Selbstschutzes dort unterliegt.

Spernung der Grenze.

Die polizeilichen Maßnahmen zur Sperrung der ober-schlesischen Grenze sind durchgeführt. Die Grenze ist gesperrt. Das preussische Ministerium des Innern entsandte neun Hundertschaften Schutzpolizei an die Grenze, welche den Eintritt von Bewaffneten aus Deutschland hindern und aus Oberschlesien zurückkehrende Bewaffnete entwaffnen sollen.

Englische Wünsche.

Wie von mehreren Seiten aus dem Auslande gemeldet wird, hat der englische Gesandte in Berlin, Lord d'Albarn, das Ersuchen an die deutsche Regierung gerichtet, sie möge die Reichsbank veranlassen, sofort die Beträge nach Oberschlesien zu senden, die nötig sind, um die Bergarbeiter der Industriezone abzulohnen. Gleichzeitig möge die deutsche Regierung dafür sorgen, daß das deutsche Eisenbahnpersonal in Oberschlesien keine Lebensmittellieferungen mehr anhalte, die für das Aufstandsgebiet nötig sind. Die Artikel sagen dazu, der englische Standpunkt sei, daß „zwei Unrechte nicht